

- Sie wurde erleichtert durch gewisse Inkonsequenzen der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Westen.
2. Vergangenheit kam in diesem Antifaschismus höchst selektiv in den Blick. Teilweise wurde Geschichte verfälscht, teilweise höchst einseitig betrachtet. Die Legitimationsinteressen der SED, insbesondere ihrer Führungsgruppen, prägten unmittelbar das Geschichtsbild.
 3. Der Antifaschismus wurde geradezu zu einer säkularisierten Religion ausgebaut. Zwar gibt es auch in westlichen Ländern so etwas wie Zivilreligionen. Diese politische Religion jedoch hatte spezifische Züge und Funktionen, vor allem die der Unterordnung unter den Willen der Partei bzw. Parteiführung.
 4. Der Antifaschismus wurde teilweise von jungem Idealismus mitgetragen und hat diesen wohl auch gefördert. Er trug zur Beschaffung von Loyalität gegenüber dem SED-System lange Zeit bei.
 5. Der Antifaschismus blockierte die Aufarbeitung des Stalinismus ungleich mehr als daß er diese förderte, was durch den historischen Antifaschismus, der teilweise mit dem Stalinismus amalgamiert war, ebenso bedingt war wie durch die post-stalinistische Parteiherrschaft. Es gelang der DDR nicht, die emanzipatorischen Potentiale des Antifaschismus zu entfalten.
 6. In nicht unbeträchtlichem Maße hemmte der Antifaschismus oppositionelles Denken und Handeln und wurde nicht selten zur Denunziation politischer Gegner der SED und der SED-Führung verwandt. Er wirkte damit geradezu antidemokratisch.

Ein spezifischer Antifaschismus war konstitutives Element der SED-Diktatur.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Der nächste Redner ist Herr Dr. Fippel, bitte.

Dr. Günter Fippel: Als Leser der „Täglichen Rundschau“ am 28. März 1947 ihre Zeitung aufschlugen, lasen sie auf Seite 2 zu ihrer Erleichterung, daß es den wachsamen Organen der „antifaschistisch-demokratischen“ Ordnung einmal mehr gelungen war, ein Waffenlager ehemaliger Nazis auszuheben. Mit vier anderen seien auch die Studenten Wradzidlo und Klein „wegen geheimer faschistischer Tätigkeit, Aufbewahrung von Waffen und anderer Verbrechen“ verhaftet worden.

Dieser öffentliche Vorwurf, der jede Solidaritätsbekundung mit den Eingekerkerten von vornherein ausschloß, verkehrte die Wahrheit in ihr genaues Gegenteil.

Wer war Georg Wradzidlo wirklich?

Nach dem 20. Juli 1944 war der damalige Oberleutnant als Mitglied einer Widerstandsgruppe der Wehrmacht verhaftet und in das KZ Buchenwald eingeliefert worden. Lediglich das Kriegsende rettete ihn vor dem Kriegsgericht. Er begann an der wiedereröffneten Berliner Lindenuniversität ein Medizin-

studium und wurde Leiter der CDU-Studentengruppe sowie der „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Studenten“. In dieser Eigenschaft protestierte er am 1. Mai 1946 gegen die Vereinnahmung der Universität durch die SED. Tags darauf wurde er seines Postens enthoben, am 13. März 1947 verhaftet und im Dezember 1948 von sowjetischen Militärriechtern zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Mit Manfred Klein verhielt es sich ähnlich.

Zwei weitere Beispiele:

Im Sommer 1938 flüchtete Hannelore Goldschmidt aus Leipzig vor anti-semitischer Verfolgung nach Bolivien. Von hier aus wirkte sie mit ihrem Ehemann Paul Baender in der Bewegung „Freies Deutschland“ über Presse und Rundfunk für den Sturz der nationalsozialistischen Diktatur. Dank Paul Merkers Engagement durfte sie nach langem Tauziehen 1947 in die Ostzone zurückkehren. Im November 1952 wurde sie in Ostberlin unter der aberwitzigen Beschuldigung inhaftiert, „für den Faschismus . . . gearbeitet zu haben“.¹ Ihre erste Vermutung, die Nazis seien wieder dran, erhielt neue Nahrung, als sie von Vernehmern der DDR-Staatssicherheit mit übelsten antisemitischen Beschimpfungen bedacht wurde.²

Im Oktober 1954 wurde Willi Rehfeld, welcher den Nazis durch eine Auswanderung nach Palästina entkommen konnte und 1949 nach Westberlin zurückgekommen war, vom Ostberliner Stadtgericht wegen „neofaschistischer Betätigung“ zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt, nur weil er während des 2. Deutschlandtreffens einigen FDJlern Schokolade und Fahrgeld zum Besuch Westberlins angeboten hatte.³

Die hier angeführten Fakten wurden einer Kartei entnommen, mit deren Aufbau ich kurz nach dem XXIII. Parteitag der KPdSU (1961) begann und die gegenwärtig biographische Angaben über mehr als 27.000 Opfer des Stalinismus umfaßt.

Analysiert wurden alle erreichbaren schriftlichen Zeugnisse (von Enzyklopädien über historische Abhandlungen, Biographien und Memoiren bis hin zur knappen Pressenotiz), und die jeweiligen Informationen (Namen, Lebensdaten, sozialer und politischer Status, Gründe, Art und Folgen der Repressionen) wurden auf Karteikarten gespeichert (siehe Anlage).

Das Untersuchungsverfahren macht sich den Umstand zunutze, daß Literatur (im weitesten Sinne) unter anderem Spiegelbild gesellschaftlicher Verhältnisse ist und die lebendige Vielfalt des Lebens wiederholt. Da nach den Gesetzen

1 W. Kießling: Der Fall Baender. Berlin 1991, S. 167.

2 Vgl. ebenda. S. 168

3 Vgl. Katalog des Unrechts. Hg. vom Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen. Berlin (1957)